



WID - Kompakt Nr. 17/46

1. Förderung von Kommunalinvestitionen
2. Grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit in der Großregion
3. Bürgerversicherung
4. Nationalpark Hunsrück-Hochwald
5. Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse

1. Förderung von Kommunalinvestitionen

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur **Änderung des Landesgesetzes zur Bildung eines Sondervermögens „Kommunales Investitionsprogramm 3.0 - Rheinland-Pfalz (KI 3.0)“** in den Landtag eingebracht ([Drs. 17/5175](#)).

Der Entwurf beinhaltet Anpassungen an bundesrechtliche Bestimmungen. So wurde der Förderzeitraum für Investitionen nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz um zwei Jahre verlängert. Zudem wurde der Kommunalinvestitionsförderungsfonds von 3,5 Milliarden Euro auf 7 Milliarden Euro aufgestockt. Der Aufstockungsbetrag, aus dem das Land Rheinland-Pfalz rund 256,6 Millionen Euro erhält, soll nach Angaben der Landesregierung zur Verbesserung der kommunalen Schulinfrastruktur allgemeinbildender und berufsbildender Schulen eingesetzt werden.

Der Entwurf passt die Verlängerung der Laufzeit des Förderprogramms in das Landesrecht ein und schafft eine rechtliche Möglichkeit, die Aufstockungsmittel im Sondervermögen „KI 3.0“ des Landes zu vereinnahmen und zweckentsprechend für Maßnahmen kommunaler Gebietskörperschaften einzusetzen zu können.

2. Grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit in der Großregion

Die Landesregierung misst der grenzüberschreitenden kulturellen Zusammenarbeit in der Großregion Rheinland-Pfalz, Luxemburg, Saarland, Wallonie, Lothringen einen wichtigen Stellenwert zu. Dies teilt sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage mit ([Drs. 17/5203](#)). Ein verstärktes Kulturrengagement sei wichtig als Teil einer nachhaltigen und vertrauensbildenden Außenpolitik, so die Landesregierung. Kultureller Austausch könne zudem einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung eines europäischen Zugehörigkeitsgefühls sowie der interkulturellen Kompetenzen leisten. Die grenzüberschreitenden Projekte trügen dazu bei, das Wissen und den Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den kulturellen Akteuren der Großregion zu fördern und zu verbessern. Zudem würde so die Bildung von Kompetenznetzwerken in der Großregion gefördert, entwickelt und professionalisiert. Insbesondere sollten die Projekte das Publikum sowie die kulturellen Akteure in der Großregion zur Mobilität anregen und ermutigen.

Im Jahr 2008 sei der gemeinnützige Verein „Kulturraum Großregion“ von den Kulturadministrativen des Großherzogtums Luxemburg, des Saarlandes, von Rheinland-Pfalz, Lothringen und der Französischsprachigen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens gegründet worden. Er habe es sich unter anderem zum Ziel gesetzt, gemeinsame Strategien für die Kulturpolitik in der Großregion zu entwickeln und grenzüberschreitende Kulturprojekte und Netzwerke zu begleiten. Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur fördere den Verein Kulturraum Großregion und das Kulturportal „plurio.net“ mit jährlich jeweils 15 000 Euro.

3. Bürgerversicherung

Ihre Haltung zur Bürgerversicherung teilt die Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage mit (Drs. 17/5248). Es existierten zahlreiche Vorschläge, wie das Krankenversicherungssystem weiterentwickelt werden könne, darunter auch unterschiedliche Modelle einer Bürgerversicherung, so die Landesregierung. Bei der Weiterentwicklung des Krankenversicherungssystems spreche sie sich für eine gleichermaßen gute Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger und mehr Wettbewerb zwischen den Krankenversicherungen unter gleichen Wettbewerbsbedingungen aus.

Hinsichtlich der Versorgung der Beamtinnen und Beamten bevorzuge sie bundeseinheitliche Lösungen, damit diese generell die gleichen Wahlmöglichkeiten erhielten. Dabei seien auch die Folgen bei einem eventuellen Wechsel des Dienstherrn zu berücksichtigen (zum „Hamburger Modell“ siehe Drs. 17/4166 und WID-Kompakt Nr. 17/30).

Die Auswirkungen für den Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz im Falle einer tatsächlich eingeführten Bürgerversicherung hingen von deren konkreter Ausgestaltung ab. Sollte bisher privat versicherten Bürgerinnen und Bürgern eine Wechseloption in die Bürgerversicherung eröffnet werden, sei entscheidend, wie viele und welche Versicherte von diesem Recht Gebrauch machten. Dies könne nicht sicher prognostiziert werden.

4. Nationalpark Hunsrück-Hochwald

Eine Bewertung der bisherigen ökologischen Entwicklung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald gibt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage ab (Drs. 17/5240). Ziel eines Nationalparks sei es, am Ende eines bis zu 30 Jahre andauernden Übergangszeitraumes eine naturdynamische Entwicklung auf mindestens 75 Prozent der Fläche zu gewährleisten, so die Landesregierung. „Natur Natur sein lassen“ laute die Devise. Der sogenannte Wildnisbereich, also die Flächen, in denen keine Nutzung mehr betrieben werde, sei im Nationalpark seit seiner Gründung im Jahr 2015 von knapp 25 Prozent auf über 30 Prozent angestiegen.

Alle Maßnahmen und Entwicklungen des Nationalparks würden durch ein intensives **Monitoring** begleitet. Maßgebliche ökologische Aufwertungsprojekte seien insbesondere die Hinleitung zu naturähnlicheren standörtlichen Bedingungen in den verschiedenen Formen von Hangmooren sowie die Überführung fichtendominierter Wälder in den Randbereichen.

Ein Schwerpunkt der Angebote des Nationalparks liege in der **außerschulischen Bildungsarbeit** mit Schulklassen und Kitas. Im Jahr 2017 hätten 20 Kindergärten und Schulklassen mit insgesamt 398 Kindern und Jugendlichen das Angebot wahrgenommen. In regelmäßigen Abständen gebe es zudem **Lehrerfortbildungen**. Auch fänden in den **Ferien Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche** in Kooperation mit weiteren Trägern statt. Daneben führten Ranger des Nationalparks Besucher auf insgesamt sieben **Rangertouren** (drei Touren ganzjährig, vier Touren von März bis Oktober) zu unterschiedlichen Themen kostenlos durch das Gebiet. Im Jahr 2017 hätten 2 897 Gäste an insgesamt 287 Rangertouren teilgenommen (= ca. zehn Teilnehmer je Tour). Des Weiteren böten zertifizierte Nationalparkführerinnen und -führer kostenpflichtige „Erlebnistouren“ in Absprache mit dem Nationalpark an.

5. Berichtsansträge für die Landtagsausschüsse

Unter anderem stehen die nachfolgenden Anträge zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse an:

- Die Situation von **Frauen im rechten Milieu** in Rheinland-Pfalz ist Gegenstand eines Berichtsanspruchs der Fraktion der SPD für den Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung (Vorlage 17/2622). Rechtsextremismus, so die Fraktion, werde häufig vor allem als ostdeutsches Männerphänomen angesehen. Dabei spielten Frauen im Milieu der Rechtspopulisten eine zentrale Rolle, insbesondere in den neuen Bundesländern.
- Die Fraktion der CDU bittet die Landesregierung, im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr über die Ergebnisse des **Ernst & Young Mittelstandsbarometers 2018** zu berichten (Vor-

lage 17/2550). Rheinland-Pfalz liege im Ländervergleich in allen Bereichen unter dem Durchschnitt, so die Fraktion. Befragt worden seien 2.000 mittelständische Unternehmen u.a. zu ihrem allgemeinen Geschäftsklima, zu ihren Konjunkturerwartungen, ihrer Investitionsbereitschaft und ihrer Beschäftigungsdynamik. Beim Geschäftsklima belege Rheinland-Pfalz im Bundesländerranking den letzten Platz.

- Einen Bericht zur **Überschuldung von Haushalten in Rheinland-Pfalz** beantragt die Fraktion der AfD für den Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (Vorlage 17/2263). Zur Begründung führt sie an, ausweislich des „Schuldneratlasses“ der Wirtschaftsauskunftei Creditreform gehörten die Städte Koblenz, Zweibrücken, Frankenthal, Kaiserslautern, Worms, Ludwigshafen und Pirmasens im Bundesvergleich zu den Kreisen/Städten mit besonders vielen Überschuldungsfällen. Die Fraktion bittet um eine Analyse der Ursachen der auffallend hohen Schuldnerquote in einigen rheinland-pfälzischen Städten und um politische Antworten auf die Problemlage.
- „**Legal Highs**“ sind Gegenstand eines Berichtsanspruchs der Fraktion der FDP im Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (Vorlage 17/2610). Die Fraktion erkundigt sich nach **Maßnahmen** der Landesregierung **gegen Online-Anbieter** solcher Rauschmittel, die als „legal“ bezeichnet würden, jedoch meist aus illegalen Drogen bestünden. Am 1. Dezember 2017 habe das Jugendministerium zu einem runden Tisch geladen, um den Handel mit „Legal Highs“ einzuschränken und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Die besondere Gefahr bestehe darin, dass die Dosis und die Konzentration unbekannt und schwankend sei. Die Online-Shops richteten sich speziell an Jugendliche. So sei beispielsweise eine Bestellung ohne Altersnachweis möglich.
- Zur **Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken** insbesondere für den Personennahverkehr erbittet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Bericht im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (Vorlage 17/2631). Eine neue Studie beschäftige sich mit den Kosten einer solchen Reaktivierung und den Potenzialen zur Treibhausgasminimierung. Die Gutachter empfahlen, Reaktivierungsmaßnahmen zu 100 Prozent zu fördern, so die Fraktion. Sie möchte wissen, welche Erkenntnisse die Landesregierung aus der Studie für Rheinland-Pfalz gewinnt und welche Gewinne aus einer solchen Förderung für Rheinland-Pfalz zu erwarten wären.
- Die Umsetzung von **Sicherheitsmaßnahmen in der Gewahrsamseinrichtung für Abschiebebehäftlinge** (GfA) und die Bewachung von Abschiebebehäftlingen außerhalb der Gewahrsamseinrichtung sind Gegenstand eines Berichts, den die Landesregierung im Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erstatten möchte (Vorlage 17/2602).